Kubel (Niedersachen):

Herr Präsident!

Meine Damen und Herren!

Wenn ich sicher gewesen wäre, daß dies das Schlußwort der Debatte hätte sein können, wäre ich der erste gewesen, der seine eigene Wortmeldung zurückgezogen hätte. Da diese Gewißheit nicht besteht, bitte ich Sie um Geduld für einige kurze Ausführungen.

Zunächst erscheint es mir nach dem Verlauf der Debatte einfach notwendig – das tue ich im Namen aller Vertreter des Landes Niedersachsen –, mich vollkommen hinter die Ausführungen des Kollegen Posser zu dem zur Diskussion stehenden Gegenstand zu stellen, und zwar auch in jenen Teilen, die von Herrn Stoltenberg kritisch beleuchtet worden sind und die – auf Grund der Erfahrung und des Miterlebens der Situation – die Einstellung der nordrhein-westfälischen Regierung weitgehend mitgeprägt haben.

Das zweite, das zu sagen auch mir am Herzen liegt, hat der Herr Bundeskanzler bereits angesprochen. Auch ich kann nicht recht verstehen, daß jemand eine Bilanz ziehen will zwischen dem Zeitpunkt, zu dem die Bundesregierung die Verträge unterschrieben hat, und dem heutigen Tage, indem er etwa die Frage stellt: Was hat sich denn nun grundlegend geändert? Die Antwort des Herrn Bundeskanzlers schwebt noch im Raum. Man kann nicht m e h r an **Vorleistungen** erwarten. Ich bin sicher nicht der einzige gewesen, und zwar auch nicht in diesem Hause, der seither die Chance gehabt hat, in Polen selber mit maßgeblichen politischen Persönlichkeiten zu sprechen. Ich füge hinzu: Je mehr es – ich hoffe, daß das nicht als übertriebene Schärfe aufgenommen wird – der Opposition gelungen ist, in Zweifel zu stellen, ob diese Verträge von den Parlamenten ratifiziert werden würden, desto schwieriger war es, selbst dort, wo die Bereitschaft dazu vorhanden war, weitere Vorleistungen uns gegenüber zu erbringen. Ich kann das für weite Sektoren der Wirtschaftsbeziehungen und des Handels und auch für Sektoren des kulturellen Austausches sagen.

Ich komme nun zu dem, was ich namens der **Landesregierung von Niedersachsen** der Diskussion hinzuzufügen habe.

Die bisherigen Darlegungen zeigen, daß das Thema dieser Stunde internationale Maßstäbe hat und in seinen inneren Voraussetzungen und politischen Möglichkeiten weit über die Dimensionen hinausgreift, die etwa ein Bundesland hat. Aber das sollte gerade uns hier im Bundesrat, so meinen wir, nicht hindern, Perspektiven anzufügen, die sich in einem Bundesland wie bei uns in Niedersachsen in besonderer Weise ergeben. Wir haben in der gesamten Ausdehnung unseres Landes zum Osten die Grenze mit dem Stacheldraht und dem Minengürtel vor Augen. Meine eigene Wohnung liegt knapp 900 m von dieser Grenze entfernt. Wir haben in Friedland das Tor der Heimkehrer und Umsiedler aus dem Osten. Das Nachkriegsschicksal Deutschlands hat Niedersachsen zu einem **Flüchtlingsland** gemacht. Nahezu jeder vierte Einwohner stammt aus den Gebieten ostwärts der Oder und der Neiße. Deshalb ist es kein Wunder – es ist eigentlich eine Pflicht für mich, dies zu sagen –, daß wir uns mit dem Schicksal und den Sorgen dieser aus jenen Gebieten Vertriebenen besonders verbunden fühlen. Ich weiß nicht, wieweit es der Öffentlichkeit bekannt ist, wieviel persönliche Beziehungen von denen, die bei uns sind, zu Verwandten und Bekannten in der früheren Heimat auch heute noch gepflegt werden. Wir in Niedersachsen messen deshalb den Erleichterungen, die die Verträge für unsere östlich von Oder und Neiße zurückgebliebenen Landsleute bringen, ein besonderes Gewicht bei.

Es ist erwähnt worden – ich will es wiederholen –, daß 1971 nach Abschluß des Warschauer Vertrages **rund 25 000 Personen** aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße in die Bundesrepublik **übergesiedelt** sind. Das sind fünfmal soviel wie im Jahre 1970. Wir teilen, weil wir es einfach wissen, die Zuversicht des Herrn

Bundeskanzlers, daß diese Zahl weiter wachsen wird. Wer diese Übersiedler einmal im Grenzdurchgangslager in Friedland gesprochen hat, ihre Genugtuung, ihre Freude erlebt hat, jetzt mit Verwandten, Freunden, früheren Nachbarn bei uns wieder zusammenzusein, der weiß, daß man der Bundesregierung Unrecht tut, wenn man ihr, wie CDU und CSU es tun, vorwirft, sie habe die Fürsorgepflicht gegenüber diesen Menschen verletzt. Wir meinen, daß es keine nachhaltigere Art als die gab, dieser Fürsorgepflicht eben durch den Abschluß dieser Verträge gerecht zu werden.

Die Opposition kann nicht in Abrede stellen, daß diese Verträge im Interesse der Menschen liegen, die noch zu uns kommen möchten, und im Interesse derer, die auf sie warten. Mir scheint, daß die Beurteilung der Verträge, wie sie von deren Kritikern vorgenommen wird, offenkundig besonders unter drei Mängeln leidet. Einmal ist sie zu stark an nationalstaatlichen Denkweisen orientiert. Sie erachtet den Wert der Verträge als Beitrag zur Verständigung und Aussöhnung mit östlichen Nachbarländern als zu gering. Zum anderen sieht sie nicht – Herr Posser, ich bin ganz besonders von diesem Teil Ihrer Darlegungen beeindruckt – die besondere Verpflichtung, die uns auf Grund der Verbrechen Hitlerdeutschlands auferlegt ist.

Es ist die Verpflichtung – lassen Sie mich das auch aussprechen –, die **polnischen Nachbarn** nicht nur als Angehörige eines fremden Staates zu betrachten, sondern auch als Menschen, die eben, wie viele unter uns, außerordentlich gelitten haben und die nun endlich – das ist aus der ganzen polnischen Geschichte heraus verständlich – von der Ungewißheit befreit werden möchten, wo Grenzen sind und ob ihre derzeitige Ruhe, ihr derzeitiger Friede etwa wieder gestört wird.

Und schließlich – das ist der dritte Grund, den ich sehe – nährt die Opposition Illusionen über die Möglichkeiten gegenwärtiger und zukünftiger deutscher Außenpolitik. Unsere aus dem Osten zu uns gekommenen Mitbürger verdienen aber eine Politik, die sich der Wahrhaftigkeit verpflichtet weiß, die keine Luftschlösser baut, die sich um das Erreichbare bemüht – eine Politik, die die Realitäten kennt, und zwar genausogut, wie wir sie kennen. Wer mit völlig illusionären Forderungen und Zielsetzungen zu experimentieren versucht, handelt nicht verantwortungsbewußt gegenüber denen, die in einer gemeinsamen beispielhaften Aufbauleistung bei uns ihre zweite Heimat gefunden und sich hier eingelebt haben.

Angesichts der menschlichen Tragweite erhält unsere heutige Entscheidung im Verhältnis zu den **Heimatvertriebenen und Flüchtlingen** eine moralische Kategorie und Qualität. Dessen sollten wir uns hier alle bewußt sein. Die Interessen der Bevölkerung bei uns und in den östlichen Nachbarländern sind in den Grundlagen, um die es hier geht, gleich. Sie sind nicht gegeneinander gerichtet. Das hat auch die Opposition heute als ihre Auffassung hier zu verstehen gegeben. Es ist ihr Interesse, das Interesse Europas, aus alten historischen Verstrickungen herauszufinden. Mit den Verträgen wird ein Prozeß der Entspannung, der Normalisierung eingeleitet, der eines Tages, so hoffen wir, wenigstens die Chance bietet, daß Deutsche hüben und drüben nicht mehr durch Mauer und Stacheldraht getrennt sind. Wir wissen, daß mit den Verträgen – das ist alles gesagt worden – die Spaltung nicht verewigt wird und daß keine deutsche Option auf Wiedervereinigung aufgegeben wird. Auf den Brief zur deutschen Einheit vom 17. August ist hingewiesen worden. Ich kann auch diesen Brief nur als eine Grundlage für unsere positive Einstellung zu den Verträgen bezeichnen. Wir geben mit unseren Entscheidungen keine Positionen auf. Wir meinen aber, daß Forderungen und Ordnungsprinzipien im Leben der Völker wenig nützen, wenn sie in absehbarer Zeit nicht erfolgreich durchgesetzt werden können.

Obzwar ich selber nicht Vertriebener oder Flüchtling bin, habe ich wohl doch ein Recht dazu, zu sagen, daß ich im Namen auch einer Mehrheit dieser Kreise spreche, wenn ich Ihnen für Niedersachsen das sage, was Sie ohnedies wissen: Wir werden diesen Verträgen zustimmen.